

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 8. Mai 1996

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Büttner, Hans (Ingolstadt) (SPD)	35, 36	Lamp, Helmut (CDU/CSU)	17, 18
Dr. Enkelmann, Dagmar (PDS)	19, 24	Dr. Leonhard, Elke (SPD)	45, 46
Erler, Gernot (SPD)	22, 23	Müller, Kerstin (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9
Dr. Feldmann, Olaf (F.D.P.)	41, 42	Probst, Simone (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 6
Ferner, Elke (SPD)	1	Dr. Rose, Klaus (CDU/CSU)	33, 34
Fischer, Andrea (Berlin) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 14	Scheel, Christine (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11
Follack, Iris (SPD)	15, 16	Schewe-Gerigk, Irmgard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 8
Gansel, Norbert (SPD)	30, 31	Schlee, Dietmar (CDU/CSU)	27, 28
Grießhaber, Rita (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 12	Schmitt, Wolfgang (Langenfeld) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43, 44
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	3, 26	Schwanitz, Rolf (SPD)	29, 32
Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	37, 38	Urbaniak, Hans-Eberhard (SPD)	39, 40
Kubatschka, Horst (SPD)	2, 25	Zierer, Benno (CDU/CSU)	20, 21

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	6
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	10

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

1. Abgeordnete
**Elke
Ferner**
(SPD)
- Was ist die Basis für die Zahlung des Nutzungs-
entgelts I einer künftigen Transrapidbetrieberge-
sellschaft an den Bundeshaushalt; die im Bericht
des Bundesministeriums für Verkehr vom 9. April
1996 für den Haushaltsausschuß genannten „no-
minal 5,6 Mrd. DM“ oder die im gleichen Bericht
genannten voraussichtlichen Fahrweginvestitio-
nen von 7,4 Mrd. DM?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Technologie**

2. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)
- Wie reagiert die Bundesregierung auf das wieder
aufgenommene Programm des US-Energiemini-
steriums zur Weiterentwicklung hochdichter
Uranbrennstoffe für Forschungsreaktoren, und
welche Konsequenzen wird sie im Hinblick auf
den Einsatz von hochangereichertem Uran (HEU)
im geplanten Forschungsreaktor München II
(FRM II) daraus ziehen?
3. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner**
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregie-
rung, damit die im Grundgesetz garantierte For-
schungsfreiheit in Deutschland gewährleistet
bleibt und nicht durch Bestimmungen des
Umwelt- und Naturschutzes sowie des Daten-
schutzes tangiert wird, die sich forschungsbehin-
dernd auswirken könnten?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

4. Abgeordnete
**Rita
Grießhaber**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wurden der Bundesregierung die Entwürfe der
bayerischen Staatsregierung zum Schwangeren-
hilfeergänzungsgesetz und zum Schwangeren-
beratungsgesetz zur Begutachtung vorgelegt,
und wie beurteilt die Bundesregierung die
Entwürfe im Hinblick auf Bundes- und Landes-
kompetenzen?

5. Abgeordnete
Simone Probst
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie reagiert die Bundesregierung auf das Vorhaben der bayerischen Landesregierung, einer Schwangeren die zum Abbruch erforderliche Beratungsbescheinigung nur auszuhändigen, „wenn sie die Gründe mitgeteilt hat, derentwegen sie einen Abbruch der Schwangerschaft erwägt“, vor dem Hintergrund, daß nach § 5 des Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetzes (SFHÄndG) zwar erwartet wird, „daß die schwangere Frau der sie beratenden Person die Gründe mitteilt, derentwegen sie einen Abbruch der Schwangerschaft erwägt“, deren Beratungscharakter aber ausdrücklich ausschließt, „daß die Gesprächs- und Mitwirkungsbereitschaft der schwangeren Frau erzwungen wird“?
6. Abgeordnete
Simone Probst
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie reagiert die Bundesregierung auf Auswirkungen des bayerischen Gesetzesvorhabens zur Beratungsbescheinigung auf das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung?
7. Abgeordnete
Irmingard Schewe-Gerigk
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie reagiert die Bundesregierung auf das Vorhaben der bayerischen Landesregierung, nur noch Fachärzte der Gynäkologie für einen Schwangerschaftsabbruch zuzulassen, obwohl in der Begründung zum Schwangeren- und Familienhilfegesetz ausdrücklich festgehalten wird, daß sichergestellt sein muß, „daß der oder die den Schwangerschaftsabbruch durchführende Arzt oder Ärztin die Gebietsbezeichnung Arzt/Ärztin für Frauenheilkunde und/oder Geburtshilfe besitzt oder über eine entsprechende Qualifikation verfügt“?
8. Abgeordnete
Irmingard Schewe-Gerigk
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Stellenwert hätte bei einer solchen Regelung nach Auffassung der Bundesregierung die Gesundheit der Frau, zumal bekannt ist, daß viele Ärzte ohne Facharzttitel über umfangreiche Erfahrungen mit Schwangerschaftsabbrüchen verfügen?
9. Abgeordnete
Kerstin Müller
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie reagiert die Bundesregierung auf die Absicht der bayerischen Landesregierung, vor einem Schwangerschaftsabbruch ein zweites Beratungsgespräch durch den Arzt verpflichtend einzuführen, obgleich der Deutsche Bundestag sehr kontrovers und ausführlich über diese Frage debattiert hat und sein gesetzgeberisches Ermessen schließlich dahin gehend wahrgenommen hat, dies dem ärztlichen Standesrecht zu überlassen?

10. Abgeordnete
Christine Scheel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie reagiert die Bundesregierung auf die von der bayerischen Landesregierung geäußerte Kritik, der Bundesgesetzgeber sei bei der Regelung von Schwangerschaftsberatung und -abbrüchen „nicht allen Regelungsaufträgen des Bundesverfassungsgerichtes nachgekommen“ (vgl. Entwurf zum bayerischen Schwangerschaftshilfeergänzungsgesetz, S. 1)?
11. Abgeordnete
Christine Scheel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was unternimmt die Bundesregierung aktiv dafür, daß es Frauen im Falle einer Schwangerschaft leichter fällt, sich für ein Kind zu entscheiden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

12. Abgeordnete
Rita Griebhaber
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie reagiert die Bundesregierung auf die Artikel 2 und 3 des Entwurfs zum bayerischen Schwangerenilfeergänzungsgesetz, der vorsieht, daß alle Einrichtungen, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen wollen und die nicht in Krankenhausplänen mit der Fachrichtung Gynäkologie und Geburtshilfe aufgenommen sind bzw. von einem öffentlich-rechtlichen Träger betrieben werden, eine Erlaubnis dafür brauchen?
13. Abgeordnete
Andrea Fischer (Berlin)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie reagiert die Bundesregierung auf die von der bayerischen Regierung geplante Beschränkung der jährlichen Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen in Arztpraxen und durch Belegärzte im Hinblick auf evtl. zu erwartende negative Auswirkungen auf das Komplikations- und Sterblichkeitsrisiko durch mangelnde Erfahrung?
14. Abgeordnete
Andrea Fischer (Berlin)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie reagiert die Bundesregierung auf die in Bayern geplante 25%-Regelung („die Einnahmen aus den je Kalenderjahr vorgenommenen Schwangerschaftsabbrüchen dürfen ein Viertel der aus der gesamten Tätigkeit der Einrichtung erzielten Einnahmen nicht übersteigen“) im Hinblick auf im Bundesrecht zugelassene ambulante Abbrüche und im Hinblick auf die Freiheit der Berufsausübung?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

- | | |
|---|---|
| 15. Abgeordnete
Iris Follak
(SPD) | Wie ist der Stand der Umsetzung eines deutsch-tschechischen Abkommens zur Verbesserung der Umweltsituation im Hinblick auf die angestrebte Reduzierung der Luftschadstoffe, die die grenznahen Gebiete in Deutschland belasten? |
| 16. Abgeordnete
Iris Follak
(SPD) | Welche Maßnahmen erwägt die Bundesregierung, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten zu einem Abbau von Luftverschmutzung im Erzgebirge beizutragen, die sich auch auf die im Aufbau befindliche Fremdenverkehrswirtschaft nachteilig auswirkt? |
| 17. Abgeordneter
Helmut Lamp
(CDU/CSU) | In welchem Umfang hat die in der Bundesrepublik Deutschland hergestellte Kompostmenge seit der Forderung der Umweltministerkonferenz nach einer Kompostverordnung bis heute zugenommen? |
| 18. Abgeordneter
Helmut Lamp
(CDU/CSU) | Wird die Bundesregierung im Entwurf der Kompostverordnung Schadstoffgrenzwerte für Kompost vorschlagen, welche eine Schadstoffanreicherung im Boden verhindert und mindestens den Bodengrenzwerten der Klärschlammverordnung entsprechen? |

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

- | | |
|---|--|
| 19. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(PDS) | Was unternimmt die Bundesregierung, um für die 19 in Nigeria von der Hinrichtung bedrohten Ogoni eine Begnadigung und Ausreisegenehmigung zu erreichen? |
| 20. Abgeordneter
Benno Zierer
(CDU/CSU) | Welche Bemühungen unternimmt die Bundesregierung, dem vom algerischen Staatspräsidenten Liamine Zeroual gegenüber Staatsminister Dr. Werner Hoyer im Februar 1996 in Algier geäußerten Wunsch zu entsprechen, daß Algerien von den (ost)deutschen Erfahrungen bei der Umstrukturierung von Staatsbetrieben profitiert? |

21. Abgeordneter
Benno Zierer
(CDU/CSU)
- Wie wirkt die Bundesregierung darauf ein, daß deutsche Firmen im Ausland innerbetrieblich die deutsche – und nicht wie zumeist die englische – Sprache verwenden, und könnte aus Sicht der Bundesregierung die Motivation der deutschen Firmen zur Verwendung der deutschen Sprache dadurch gefördert werden, daß die deutschen Botschaften die jeweiligen Firmen politisch unterstützen, wenn es um staatliche Aufträge des Gastlandes geht?
22. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob der CIA an den Behauptungen festhält, daß deutsche Zulieferer am Bau der libyschen Anlage in Tarhuna beteiligt sind, und wie hat die Bundesregierung bisher auf diese schwerwiegenden Beschuldigungen reagiert?
23. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, zunächst einwandfrei festzustellen, ob die Anlage in Tarhuna tatsächlich der Herstellung von Giftgas dienen soll, um dann politischen Einfluß auf die libysche Regierung zur Unterlassung des Fertigbaus der Anlage zu nehmen, und wie verhält sich die Bundesregierung zu den in diesem Zusammenhang erklärten amerikanischen Drohungen, die Anlage notfalls aus der Luft zu zerstören?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

24. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(PDS)
- Wird die Bundesregierung ihre Bereitschaft erklären, die 19 in Nigeria von der Hinrichtung bedrohten Ogoni in der Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen?
25. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung nach den jüngst bekanntgewordenen Meldungen über den verschwundenen Regimekritiker Nsindu Kabuiko aus Zaire (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 2. Mai 1996) die Situation für Asylbewerber in der Bundesrepublik Deutschland, und wird sie die Bemühungen des UNO-Hochkommissariats unterstützen, daß zairische Oppositionelle auch in Deutschland als „besonders gefährdet“ eingestuft werden?

- | | |
|--|--|
| 26. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU) | Was unternimmt die Bundesregierung gegen die rasant ansteigende Kriminalität strafunmündiger Kinder unter 14 Jahren? |
| 27. Abgeordneter
Dietmar Schlee
(CDU/CSU) | Wie viele Ermittlungsverfahren führt das Bundeskriminalamt gegenwärtig? |
| 28. Abgeordneter
Dietmar Schlee
(CDU/CSU) | Welchen Anteil seiner Arbeitskapazität wendet das Bundeskriminalamt durchschnittlich auf zur Erfüllung eigener gesetzlicher Aufgaben, Hilfeleistungen für Polizei- und Justizbehörden der Bundesländer, Erledigung von Ersuchen ausländischer Polizei- und Justizbehörden? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

- | | |
|--|--|
| 29. Abgeordneter
Rolf Schwanitz
(SPD) | Kann die Bundesregierung bestätigen, daß von den ursprünglich für die Kapitalentschädigung nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz angesetzten 1,55 Mrd. DM (vgl. Drucksache 12/1608, S. 3) bisher lediglich ca. 540 Mio. DM ausgezahlt worden sind, obwohl von den ca. 140 000 Anträgen bereits 130 000 abgearbeitet wurden, und ist die Bundesregierung bereit, den Differenzbetrag für die Wiedergutmachung von politischem SBZ- bzw. DDR-Unrecht zu verwenden? |
| 30. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD) | Was hat die Bundesregierung unternommen, nachdem durch den Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof am 14. März 1996 ein Haftbefehl gegen den iranischen Geheimdienstminister Fallahian ergangen ist, diesen – möglicherweise auch in Drittländern – ergreifen zu lassen, und wie sind die Umstände dieses Haftbefehls bei dem Besuch des stellvertretenden iranischen Außenministers Vaezi im Auswärtigen Amt bei Staatssekretär Dr. Peter Hartmann Mitte April dieses Jahres besprochen worden? |

31. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)
- Welche Ergebnisse haben diese Maßnahmen und Gespräche erbracht, und wie wird die Bundesregierung weiter verfahren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

32. Abgeordneter
Rolf Schwanitz
(SPD)
- Aus welchem Grunde sind vermögensrechtliche Anträge, insbesondere älterer Rehabilitierter, nicht im „Prioritätenkatalog für die Bearbeitung der Anträge nach dem Vermögensgesetz (VermG) und Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG)“ (vgl. Rundbrief des Bundesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen Nr. 17 vom 20. April 1995) aufgeführt, wo doch selbst die Bundesregierung die Rehabilitierung und Entschädigung der politisch Verfolgten in der ehemaligen SBZ bzw. DDR zu einer der wichtigsten Aufgaben im Zuge der deutschen Einheit erklärt hat und dies somit auch für die aus einer Rehabilitierung erwachsenden Folgeansprüche gelten muß, und welche Folgen hat das für die Betroffenen?
33. Abgeordneter
Dr. Klaus Rose
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die im Zusammenhang mit den geplanten Sparbeschlüssen erhobenen öffentlichen Vorwürfe, zu der Haushaltsmisere hätten nicht zuletzt die von 1990 bis 1994 erfolgten „internationalen Zahlungen“ (Entwicklungshilfe 185 Mrd. DM, Rußland-Hilfe 100 Mrd. DM, osteuropäische Reformstaaten 46 Mrd. DM, internationale Organisationen 7 Mrd. DM, EU-Nettobeitrag 100 Mrd. DM) beigetragen?
34. Abgeordneter
Dr. Klaus Rose
(CDU/CSU)
- Betrachtet die Bundesregierung die „Ausplünderung der Sozialkassen“ (s. Passauer Neue Presse vom 2. Mai 1996) durch „Fremdleistungen“ als Mitursache der heutigen starken Staatsverschuldung von 2,2 Billionen DM?
35. Abgeordneter
Hans Büttner
(Ingolstadt)
(SPD)
- Weshalb hat die Bundesregierung die Einkommensteuerrichtlinien Abschnitt 188 zu § 33 EStG betreffend die Badekuren von Kindern und Erwachsenen bisher nicht an die aus den Bestimmungen des SGB V abgeleiteten Antragsverfahrens der gesetzlichen Krankenkassen angeglichen?

chen, nach denen solche Kuren bezuschußt werden, wenn das Gutachten des Hausarztes vom Medizinischen Dienst der Krankenkassen bestätigt wird, und mutet den Steuerzahlern statt dessen nach wie vor zu, zusätzlich selbst zu bezahlende amtsärztliche Gutachten beizubringen, aus denen hervorgehen muß, daß Kinderkuren nur dann steuerlich absetzbar sind, wenn der Erfolg solcher Kuren auch dann sichergestellt ist, wenn die Kinder nicht in Kinderheimen untergebracht sind?

36. Abgeordneter
**Hans
Büttner
(Ingolstadt)**
(SPD)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß eine Anpassung der Einkommensteuerrichtlinien Abschnitt 188 § 33 EStG an die Verwaltungspraxis der gesetzlichen Krankenkassen einen wesentlichen Beitrag zum Abbau unnötiger bürokratischer Vorschriften im Steuerrecht und damit zur größeren Akzeptanz staatlichen Handelns leisten und den Staat schlanker machen könnte?

37. Abgeordneter
**Jürgen
Koppelin**
(F.D.P.)

Treffen Pressemeldungen zu, nach denen der Bund den zivil genutzten Sylter Flughafen für 5,4 Mio. DM auf der Insel Sylt verkaufen will und die Zusage dafür durch den Staatsminister im Bundeskanzleramt, Bernd Schmidbauer, gegeben wurde?

38. Abgeordneter
**Jürgen
Koppelin**
(F.D.P.)

Aus welchen Gründen hat der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Bernd Schmidbauer, und nicht das zuständige Bundesministerium der Finanzen bzw. die Bundesvermögensverwaltung die Gespräche über den Verkauf des Flughafens Sylt mit den interessierten Gemeinden geführt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

39. Abgeordneter
**Hans-Eberhard
Urbaniak**
(SPD)

Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, daß chinesische Billigimporte von Heimwerkermaschinen mit amtlichen deutschen und europäischen Sicherheitsprüfsiegeln versehen sind und so in den Verkauf kommen, und was gedenkt die Bundesregierung gegen diesen Mißbrauch zu unternehmen, um die Verbraucher zu schützen?

40. Abgeordneter
Hans-Eberhard Urbaniak
(SPD)
- Ist der Bundesregierung die Höhe der Verluste bekannt, die deutschen Herstellern von Heimwerkermaschinen durch diese Manipulationen entstanden sind?
41. Abgeordneter
Dr. Olaf Feldmann
(F.D.P.)
- Aus welchen Gründen und nach welchen Kriterien fördert die Europäische Union den Tourismus in Länder mit entwickelter Tourismus-Infrastruktur wie den Seychellen?
42. Abgeordneter
Dr. Olaf Feldmann
(F.D.P.)
- Wie unterstützt die Bundesregierung diese Subventionen, und welche Maßnahmen beabsichtigt sie zu ergreifen, um ggf. unnötige Subventionen zu unterbinden?
43. Abgeordneter
Wolfgang Schmitt (Langenfeld)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung bei den laufenden Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und der Republik Südafrika hinsichtlich eines uneingeschränkten Marktzugangs bei folgenden Produkten Bedenken geltend macht, Fruchtsaft(-konzentrat), Wein, Schnittblumen, Rindfleisch, Äpfel und Spargel?
44. Abgeordneter
Wolfgang Schmitt (Langenfeld)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Falls ja, inwieweit hält die Bundesregierung diese Haltung für vereinbar mit ihrem ansonsten vielfach betonten Bekenntnis zu freiem Welthandel und uneingeschränktem Marktzugang?
45. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD)
- Welche Haltung nimmt die Bundesregierung in der Frage der zukünftigen Gestaltung der Vergabe von Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe und der einer evtl. Neuordnung zugrunde gelegten Datenbasis ein, nachdem im Unterausschuß des Planungsausschusses der Gemeinschaftsaufgabe zwei neu Modelle zur Zuweisung der Mittel vorgelegt wurden, und welches der Modelle favorisiert die Bundesregierung?
46. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD)
- Welche Haltung nimmt die Bundesregierung gegenüber der Tatsache ein, daß nach beiden im Unterausschuß des Planungsausschusses vorgestellten Modellen die Region Trier/Eifel-Mosel-Hunsrück – insbesondere die Landkreise Trier, Bitburg-Prüm und Bernkastel-Wittlich –, die neben erheblicher Wirtschaftsstrukturechwäche ökonomisch in besonderem Maße von den Folgen der Abrüstung und Truppenreduzierung betroffen ist, bei Annahme eines der Modelle durch den

Planungsausschuß ab 1. Januar 1997 nicht mehr aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe gefördert würde, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um in diesem Falle gleichwohl ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft im Bundesgebiet gemäß Artikel 104 a GG in Bezug auf die genannte Region nachzukommen?

Bonn, den 3. Mai 1996